Öffentliche Niederschrift der 19. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin: Dienstag, 19.03.2024
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:55 Uhr
Ort: Rathaus, Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal), Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Herr Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung	

Mitglieder

Name	Bemerkung
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Dirk Schaffrath - CDU-Fraktion	
Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion	
Frau Stv. Samira Backes-El Mahi - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Stefan Breuer - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Marcel Gandelheidt - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Ingo Gardlowski - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Heinrich Liska - SPD-Fraktion, Mitglied der FDP-Partei	
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion	
Frau Stv. Sandra Niedermaier - SPD-Fraktion	
Frau Stv. Petra Odenbreit - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Thomas Plikat - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Roland Pokall - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Franco Toccori - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion	

Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion
Frau Stv. Alexandra Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Fabian Dohms - CDU-Fraktion
Herr Stv. Ronny Niessen - CDU-Fraktion
Frau Stv. Lena Pütz - CDU-Fraktion
Herr Stv. Florian-Paul Weyand - CDU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Janine Ivančić - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Malecha - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Samantha Holthaus-Turetzek - AfD-Fraktion
Herr Stv. Ingo Boehm - FBA-Fraktion
Herr Stv. Jörg Peter - FBA-Fraktion
Herr Stv. Norbert Dovern - Fraktionslos

Verwaltung

Name	Bemerkung
Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen - Dezernat I	
Herr Technischer Dezernent Andreas Dziatzko - Dezernat II	
Herr Michael Hafers - R 1 - Referat Finanzen	
Herr Dezernent Manfred Schmidt - Dezernat III	
Frau Verena Beylich - A 14 - Rechnungsprüfungsamt	
Frau Annette Klingenberg - A 30 - Rechtsamt	
Frau Yvonne Filipenoks - A 12 - Amt für Rat und Verfassung	
Frau Simone Born - A 12 - Amt für Rat und Verfassung	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Frau Christina Esser - A 12 - Amt für Rat und Verfassung	

Abwesend

Mitglieder

Name	Bemerkung
Herr Stv. Tino Schwedt - SPD-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Thomas Langer - GRÜNE-Fraktion	entschuldigt

Herr Stv. Lukas Matzerath - AfD-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Markus Matzerath - AfD-Fraktion	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17 der Geschäftsordnung	
3	Bericht der Verwaltung	2024/0073/A12
4	Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Alsdorf für das Haushaltsjahr 2022 und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2022	2023/0483/RPA
5	Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024	2024/0078/A11
6	Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2025	2024/0079/A11
7	Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025	2024/0069/A20
7.1	Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025	2024/0069/A20-1
8	Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf für die Kalenderjahre 2024 und 2025	2024/0070/A20
9	Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung)	2024/0033/A32
9.1	Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung)	2024/0033/A32-1
10	Erste Änderung der Satzung für Leistungen des Standesamtes vom 01. Oktober 2019	2024/0080/A32
11	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW; hier: Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW zur Sanierung des Sportplatzes in Ofden	2024/0065/A 40
12	Einsatz eines Schulbusses für die Kellersberger Grundschüler zur Gemeinschaftsgrundschule Kellersberg/Ost, Pommernstraße 2a, 52477 Alsdorf, für das Schuljahr 2024/2025	2024/0083/A 40

TOP	Betreff	Vorlage
13	Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz); hier: Achte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf	2024/0038/A 51.1
14	Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet; hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2024 - 2026 für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter Ausbauplanung und zukünftiger Gruppenformen	2024/0045/A 51
15	Aufgabenbereich der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe; hier: a.) Fall-und Kostenentwicklung b.) Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW	2024/0054/A 51
16	Wirtschaftsplan 2024 mit Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2027 des Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf	2024/0057/A66
17	Anfragen und Mitteilungen	
18	Resolution Kommunalfinanzen; hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der GRÜNE-Fraktion und der FBA-Fraktion vom 05.03.2024	2024/0089/R1
19	Anfrage und Antrag zu den Angeboten des Helene-Weber-Hauses; hier: Antrag der CDU Fraktion im Rat der Stadt vom 13.02.2024	2024/0093/A 51

Nichtöffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Bericht der Verwaltung	2024/0074/A12
2	Berichte aus den Gremien	
3	Beteiligungsmanagement; regio iT: Verschmelzung der elect iT GmbH auf die vote iT GmbH	2024/0068/A20

TOP	Betreff	Vorlage
4	Beteiligungsmanagement; Erhöhung von Geschäftsanteilen einer mittelbaren Beteiligungsgesellschaft	2024/0082/A20
5	Anfragen und Mitteilungen	
6	Rahmenvereinbarung zur Entwicklung eines neuen Quartiers am Rathaus	2024/0095/A61

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, den Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/innen und die Mitarbeiter/innen der Verwaltung.

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen sowie die zwei Nachträge zur heutigen Sitzung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt fest.

Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Aus rechtlichen Gründen ist

TOP 16: Wirtschaftsplan 2024 mit Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2027 des Eigenbetriebs Technische Dienste der Stadt Alsdorf

vor

TOP 7: Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025

zu **behandeln**.

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung zu **erweitern** um

TOP 18: Resolution in Sachen Gemeindefinanzen;
hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der GRÜNE-Fraktion vom 05.03.2024

TOP 19: Anfrage und Antrag zu den Angeboten des Helene-Weber-Hauses;
hier: Antrag der CDU Fraktion im Rat der Stadt vom 13.02.2024

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

TOP 12: Einsatz eines Schulbusses für die Kellersberger Grundschüler zur Gemeinschaftsgrundschule Kellersberg/Ost, Pommernstraße 2a, 52477 Alsdorf für das Schuljahr 2024/2025

Die Anträge der CDU- und GRÜNE-Fraktion zu

TOP 7.1: Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025

wurden **nachgereicht**.

Die Ausführungen der Verwaltung zu

TOP 9.1: Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung)

wurden **nachgereicht**.

Die Beratungsergebnisse aus dem Hauptausschuss zu

TOP 5: Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024

TOP 6: Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2025

TOP 7: Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025

TOP 8: Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf für die Kalenderjahre 2024 und 2025

TOP 9: Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung)

TOP 10: Erste Änderung der Satzung für Leistungen des Standesamtes vom 01. Oktober 2019

TOP 13: Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz);
hier: Achte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf

die Beratungsergebnisse aus dem Jugendhilfeausschuss zu

TOP 13: Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz);
hier: Achte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf

TOP 14: Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2024 - 2026 für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter Ausbauplanung und zukünftiger Gruppenformen

TOP 15: Aufgabenbereich der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe;
hier: a.) Fall-und Kostenentwicklung
b.) Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW

und das Beratungsergebnis aus dem Betriebsausschuss zu

TOP 16: Wirtschaftsplan 2024 mit Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2027 des Eigenbetriebes Technische Dienste der Stadt Alsdorf

wurden **nachgereicht**.

Nichtöffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

TOP 6: Rahmenvereinbarung zur Entwicklung eines neuen Quartiers am Rathaus

zu **erweitern**.

Danach stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird **einstimmig** mit den vorgetragenen Änderungen angenommen.

Herr Stv. Konrad Krämer, SPD-Fraktion, meldet eine Mitteilung für den nichtöffentlichen Sitzungsteil an.

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob sich ein Mitglied des Rates der Stadt zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Dies ist nicht der Fall.

Zu 2 Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17 der Geschäftsordnung

Seitens der Einwohner/innen wurden keine Anfragen gestellt.

Zu 3 Bericht der Verwaltung

2024/0073/A12
Kenntnisnahme

Beschluss:
Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Rates der Stadt gefassten Beschlüsse und der noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Einmütig

Zu 4 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Alsdorf für das Haushaltsjahr 2022 und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2022

2023/0483/RPA
Entscheidung

Zu Punkt 3 hat der Bürgermeister gem. § 40 Abs. 2 Satz 6 i.V.m. § 96 Abs. 1 Satz 5 GO NRW kein Stimmrecht.

Herr Stv. Malecha, GRÜNE-Fraktion, erklärt, dass der vorliegende Jahresabschluss 2022 am 20.02.2024 in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vorgestellt, beraten und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden sei. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe sich den Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes angeschlossen und eine eigene positive Stellungnahme gemäß der neuen NKF-Vorschriften abgegeben. Das Jahr schließe mit einem positiven Eigenkapital in Höhe von 25.480.638,58 € ab. Es werde vorgeschlagen, den bestehenden Jahresüberschuss in Höhe von 5.759.444,42 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen. Darüber hinaus könne dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2022 eine Entlastung erteilt werden. Abschließend bedankt er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungsprüfungsamtes und der Kämmerei, die dieses Ergebnis ermöglicht haben.

Beschluss:

1.
Auf der Grundlage des Bestätigungsvermerkes der örtlichen Rechnungsprüfung und den Beratungen des Rechnungsprüfungsausschusses vom 20.02.2024 und unter Einbeziehung des Prüfungsberichtes Nr. 01/2022 des Rechnungsprüfungsamtes vom 22.01.2024 stellt der Rat der Stadt Alsdorf gem. § 96 Abs. 1 GO NRW den geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2022 in der korrigierten Fassung vom

18.12.2023 fest.

2.
Der Rat der Stadt stellt den geprüften Jahresabschluss 2022 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 267.463.075,82 € fest. Er beschließt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den Jahresüberschuss 2022 der Ergebnisrechnung in Höhe von 5.759.444,42 € der Ausgleichsrücklage in voller Höhe zuzuführen. Es verbleibt ein positives Eigenkapital in Höhe von 25.480.638,58 €.

3.
Die Ratsmitglieder beschließen, dem Bürgermeister gemäß § 41 Abs. 1 Buchstabe j) i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW die Entlastung für das Haushaltsjahr 2022 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:
Zu 1.: Einstimmig
Zu 2.: Einstimmig
Zu 3.: Einstimmig

Zu 5 Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2024

2024/0078/A11
Entscheidung

Herr Stv. Heidenreich teilt mit, dass sich die GRÜNE-Fraktion bei der Beschlussfassung enthalten werde. Zum einen liegen die erwünschten Stellungnahmen des Personalrates und der Gleichstellungsbeauftragten nicht vor und zum anderen werden die Verbesserungen im Personalbesatz, die aus Sicht der GRÜNE-Fraktion für eine vernünftig funktionierende Verwaltung nötig seien, nur zum Teil vollzogen. Beim Stellenplan für das Jahr 2025 erkenne die GRÜNE-Fraktion ebenfalls an, dass es Verbesserungen gebe, allerdings reichen diese aus Sicht der GRÜNE-Fraktion nicht aus.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten der Verwaltung vorliege und Herr Nießen, Vorsitzender des Personalrates, an der heutigen Sitzung teilnehme.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 wird in der als **Anlage** vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig (bei 3 Enthaltungen)

Zu 6 Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2025

2024/0079/A11
Entscheidung

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 wird in der als **Anlage** vorgelegten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig (bei 3 Enthaltungen)

Zu 7 Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025
2024/0069/A20
Entscheidung

Zu 7.1 Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025
2024/0069/A20-1
Entscheidung

Eingangs informiert Herr Kämmerer Hafers ausführlich zum Erlass der Haushaltssatzung (**Anlage 1**).

Die Herren Stadtverordneten Willms, SPD-Fraktion, Weyand, CDU-Fraktion, und Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, geben ihre Stellungnahmen zum Haushalt ab (**Anlagen 2, 3 und 4**).

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt zu den Ausführungen des Herrn Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, dass die Prämienstraße und die Unterstation keineswegs aus dem Blick geraten seien. Die Verwaltung frage regelmäßig bei den Investoren nach. Die Unterstation sei seinerzeit vom Grundstücksfond NRW verkauft worden und dieser sei nicht bereit für eine Rückabwicklung. Insofern gebe es für die Stadt keine Einflussmöglichkeiten. Bei der Prämienstraße gebe es einen privaten Investor. Laut dessen Aussage solle die dortige Bebauung bald starten. Zum Thema Doppelhaushalt teilt Herr Bürgermeister Sonders mit, dass die Verwaltung durch diesen eine möglichst hohe Planungssicherheit habe. Mittlerweile habe jede/r innerhalb der Verwaltung erkannt, dass an der zusätzlichen Belastung der Steuerzahler/innen auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Rahmenbedingungen kein Weg vorbeiführe. Diese Steuererhöhung sei auch nicht hinausgezögert worden, wie eben aufgeführt, sondern es sei jede Möglichkeit genutzt worden, um eine zusätzliche Belastung der Bürger/innen zu verhindern. Die Haushalte sollen innerhalb der Rahmenbedingung eine größtmögliche Sicherheit haben. Aus diesem Grund werde die Grundsteuer und nicht die Gewerbesteuer erhöht, da die Gewerbesteuer nach wie vor eher unsicher sei. Zudem sei das vom Bund erlassene Entlastungsgesetz darauf ausgerichtet, Unternehmen steuerlich zu entlasten. Möglicherweise verliere man dadurch Gewerbesteuereinnahmen. Man hoffe jedoch, dies durch sich neu ansiedelnde Unternehmen kompensieren zu können. Ehrlicherweise müsse man sagen, dass das Land NRW dieses Entlastungsgesetz hätte verhindern können. Das Land sei um Zustimmung gefragt worden, habe jedoch zu Ungunsten der Kommunen entschieden. Es sei nicht hinnehmbar, dass solche Gesetze immer ohne die Einbringung der Kommunen beschlossen werden. Deshalb befürworte er die nachher zu beschließende Resolution

sehr. Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt solle Planungssicherheit geschaffen werden und wichtige Projekte könnten umgesetzt werden. Im Redebeitrag der SPD-Fraktion sei mitgeteilt worden, dass man sich mit den Anträgen bezüglich der Einsparungen bei Verdienstausfällen et cetera befassen wolle. Er schlägt vor, eine Vorlage hierfür zu erarbeiten. Die Einsparungen werden den Haushalt nicht retten, er begrüße aber, dass dadurch ein Signal gesetzt werden solle.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, regt hierzu ein interfraktionelles Gespräch an, um einen einheitlichen Beschlussvorschlag zu erarbeiten.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass vorab die Konsolidierungsmöglichkeiten geprüft werden, danach werde er zu einem interfraktionellen Gespräch einladen. Möglicherweise könne dann ein gemeinsamer Antrag bezüglich der Einsparungen erarbeitet werden.

Hiergegen erheben sich keine Bedenken.

Herr Bürgermeister Sonders lässt sodann über den Antrag der CDU-Fraktion:

“1.) Eine Erhöhung des Grundsteuer B Hebesatzes um 100 Prozentpunkte in 2024 auf insgesamt 795 Prozentpunkte sowie eine Erhöhung des Grundsteuer B Hebesatzes um weitere 50 Prozentpunkte in 2025 dann auf insgesamt 845 Prozentpunkte.
2.) Zum Ausgleich der daraus folgenden Mindereinnahmen - im Vergleich zum aktuellen Entwurf der Haushaltssatzung - beantragen wir die höhere Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage.”

abstimmen. Dieser wird mit Mehrheit (bei 9 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen) **abgelehnt**.

Nun lässt Herr Bürgermeister Sonders über die Anträge der GRÜNE-Fraktion:

„1. Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird anstatt auf 895 v.H. auf 785 v.H. festgesetzt (+ 90%-Punkte anstatt 200). Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird anstatt auf 495 v.H. auf 529 v.H. (+ 34%-Punkte) festgesetzt (Antrag gilt auch für TOP 8 – Hebesatzsatzung).
2. Einrichtung eines Haushaltspostens: Umsetzung des Mobilitätskonzeptes, u.a. Verbesserung Radwegenetz (100.000 €) – Deckung: Entsprechende Erhöhung des Produktes 120102, Einnahmen aus Parkraumbewirtschaftung, Anhebung der Parkgebühren (HH-Entwurf 2024/25, Band 2, S 324).
3. Einrichtung einer Investitionsmaßnahme: „Entsiegelung von Verkehrsflächen“ (hier u.a.: Anna-Platz); Veranschlagung von 50.000 € für Planungskosten- Deckung: Entsprechende Reduzierung des Ansatzes bei INV19-0003: „Ausbau von Wirtschaftswegen“, a.a.O., S. 322).“

abstimmen.

Zu 1: Mit Mehrheit (bei 3 Gegenstimmen) **abgelehnt**.
Zu 2: Mit Mehrheit (bei 3 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen) **abgelehnt**.
Zu 3: Mit Mehrheit (bei 3 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen) **abgelehnt**.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 **(Anlage 5)**.

Abstimmungsergebnis:
Mit Mehrheit (bei 12 Gegenstimmen)

Zu 8 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf für die Kalenderjahre 2024 und 2025

2024/0070/A20
Entscheidung

Herr Stv. Weyand erklärt für die CDU-Fraktion, dass der Beschlussvorschlag abgelehnt werde. Darüber hinaus beantragt er gem. § 14 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung.

Das Ergebnis über die namentliche Abstimmung ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt die als **Anlage 2** beigefügte Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern der Stadt Alsdorf für die Kalenderjahre 2024 und 2025.

Abstimmungsergebnis:
Mit Mehrheit (bei 12 Gegenstimmen)

Zu 9 Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung)

2024/0033/A32
Entscheidung

Zu 9.1 Erlass einer Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung)

2024/0033/A32-1
Kenntnisnahme

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, beantragt, wie bereits im Hauptausschuss, diese Thematik im Rahmen einer Neufassung der Parkraumbewirtschaftung zu beraten und heute keinen Beschluss zu fassen.

Herr Bürgermeister Sonders lässt über diesen Antrag abstimmen. Dieser wird mit Mehrheit (bei 3 Gegenstimmen) **abgelehnt**.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die als **Anlage** beigefügte Verordnung über die Erhebung von Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweis-Gebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:
Mit Mehrheit (bei 4 Gegenstimmen)

Zu 10 Erste Änderung der Satzung für Leistungen des Standesamtes vom 01. Oktober 2019

2024/0080/A32
Entscheidung

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt die 1. Änderungssatzung für Leistungen des Standesamtes der Stadt Alsdorf vom 01.10.2019 in der als **Anlage** beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 11 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW; hier: Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW zur Sanierung des Sportplatzes in Ofden

2024/0065/A 40
Entscheidung

Frau Stv. Holthaus-Turetzek, AfD-Fraktion, fragt, wieso die Dringlichkeitsentscheidung erst in der heutigen Sitzung vorgelegt werde, obwohl bereits im Februar eine Sitzung des Rates der Stadt stattgefunden habe.

Herr Bürgermeister Sonders entschuldigt sich hierfür, die Vorlage sei nicht rechtzeitig fertig gewesen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Alsdorf genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 28 vom 13.12.2023 (**Anlage**) zur Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW für die Sanierung des Sportplatzes in Ofden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 12 Einsatz eines Schulbusses für die Kellersberger Grundschüler zur Gemeinschaftsgrundschule Kellersberg/Ost, Pommernstraße 2a, 52477 Alsdorf, für das Schuljahr 2024/2025

2024/0083/A 40
Entscheidung

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt:

Der Schulbus für die Kellersberger Grundschüler zur GGS Kellersberg/Ost, Pommernstraße 2a, 52477 Alsdorf, für das Schuljahr 2024/2025 wird eingesetzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die o.a. Schülerbeförderung für das Schuljahr 2024/2025 neu auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig (bei 1 Enthaltung)

Zu 13 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz);
hier: Achte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf
2024/0038/A 51.1
Entscheidung

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt die Achte Änderung der Kinderfördersatzung der Stadt Alsdorf in der als **Anlage** beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 14 Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2024 - 2026 für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter Ausbauplanung und zukünftiger Gruppenformen
2024/0045/A 51
Entscheidung

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt:

a. Die Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege - Fortschreibungszeitraum 01.08.2024 – 31.07.2026 - wird zur Kenntnis genommen.

b. Die dargestellten Planansätze werden bestätigt:

   - Als Planungsgrundlage gilt eine Versorgungsquote in Höhe von 100 % für 3-Jährige Kinder bis zur Einschulung und eine Versorgungsquote in Höhe von 45 % für unter 3-jährige Kinder;
   - Betreuungsplätze in Kindertagespflege sollten unter Berücksichtigung der durch das Land vorgesehenen Kontingentierung vorgehalten werden.

Darüber hinaus wird der durch die Verwaltung dargestellte Sachverhalt zu den bereits in den letzten Bedarfsplanungen beschlossenen Maßnahmen zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen zur Schaffung einer 5-gruppigen Einrichtung im Planbereich A/B und einer 3-gruppigen Einrichtung im Planbereich C in die Wege zu leiten.

c. Die Verwaltung ist – im Einvernehmen mit den Trägern – berechtigt, über den 15. März hinaus noch Veränderungen in den geplanten Gruppenformen vorzunehmen.

d. Die Zahl der in der Stadt Alsdorf tätigen Kindertagespflegepersonen wird für das Kindergartenjahr 2024/2025 auf insgesamt 37 festgelegt.

e. Die mit den Landesmitteln geförderten Einrichtungen werden weiterhin für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege oder Familienzentren nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) – Sechstes Gesetz zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – überwiegend genutzt. Plätze, die seit 2008 im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffen wurden, werden vorrangig mit Kindern unter drei Jahren belegt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 15 Aufgabenbereich der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe; hier: a.) Fall-und Kostenentwicklung b.) Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW

2024/0054/A 51
Entscheidung

Frau Stv. Ivančić teilt für die GRÜNE-Fraktion mit, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt werde. Sie weist darauf hin, wie ernst die Haushaltslage sei, denn in diesem Bereich gebe es immer überplanmäßige Aufwendungen, gleichzeitig werden jedoch Erhöhungen reduziert, um Kosten für die nächsten Jahre zu sparen. Für sie sei es ein Zeichen, dass in vielen Bereichen der Haushalt nicht wie geplant eingehalten werden könne.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass die Kalkulationen immer auf derzeit bekannten Informationen beruhen. Wenn dann zusätzliche Aufwendungen auftreten, ergebe sich diese Problematik. Wenn die Gesetze bezüglich der Jugendhilfe, die momentan geplant werden, umgesetzt werden, werde noch Einiges auf die Stadt zukommen.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt:

Der Rat der Stadt stimmt einer überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung gem. § 83 GO NRW in Höhe von 1.422.405,31 € im Bereich der Jugendhilfe zu.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 16 Wirtschaftsplan 2024 mit Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2027 des Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt Alsdorf

2024/0057/A66
Entscheidung

Dieser Punkt wurde vorgezogen und vor TOP 7 behandelt.

Beschluss:
Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt den Wirtschaftsplan 2024 und die Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2027 für den Eigenbetrieb Techn. Dienste.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 17 Anfragen und Mitteilungen

Herr Bürgermeister Sonders weist darauf hin, dass der aktuelle Mietspiegel vorliege und der Niederschrift als **Anlage** beigefügt werde.

Anmerkung der Verwaltung:
Der Mietspiegel ist auf der Internetseite der Stadt Alsdorf unter dem Link: http://alsdorf.de/web/cms/front_content.php?idcat=565&idart=1393&lang=1 abrufbar.

Zu 18 Resolution Kommunalfinanzen; hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der GRÜNE-Fraktion und der FBA-Fraktion vom 05.03.2024

2024/0089/R1
Entscheidung

Herr Stv. Weyand teilt für die CDU-Fraktion mit, dass die Resolution befürwortet werde. Er bittet jedoch darum, solche Texte vorher abzustimmen.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, weist ebenfalls darauf hin, dass er diesen Antrag von der SPD-Fraktion vorgelegt bekommen, jedoch nicht selbst unterzeichnet habe. Nichtsdestotrotz stimme er der Resolution zu. Er empfiehlt, diese Resolution auf einem offiziellen Briefkopf der Stadt Alsdorf zu versenden.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass das Schreiben mit dem Briefkopf der Stadt Alsdorf und dem heutigen Abstimmungsergebnis verschickt werde.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt die beigefügte Resolution der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der GRÜNE-Fraktion und der FBA-Fraktion **(Anlage)**.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese an die Bundes- und Landesregierung sowie die Landtags- und Bundestagsabgeordneten aus der Städteregion Aachen zu ver-

senden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 19 Anfrage und Antrag zu den Angeboten des Helene-Weber-Hauses; hier: Antrag der CDU Fraktion im Rat der Stadt vom 13.02.2024
2024/0093/A 51
Entscheidung

Herr Dezernent Schmidt führt aus, dass bei dieser Thematik noch Klärungsbedarf bestehe, da die in Rede stehenden Maßnahmen mit bereits laufenden Maßnahmen kollidieren könnten. Hierzu wolle man sich mit dem Helene-Weber-Haus in Verbindung setzen, um Frau Natus-Can die Gelegenheit zu geben, im Ausschuss vorzutragen und dann zu entscheiden, inwieweit eine Zusammenarbeit erfolgen könne. Nun beantwortet Herr Dezernent Schmidt die in dem Antrag gestellten Fragen:
Zu Frage eins teilt er mit, dass es bisher noch keine Planung gebe. Zur zweiten Frage erklärt er, dass das Jugendamt der Stadt Alsdorf Mitglied der AG 78 sei. Diese Arbeitsgemeinschaft sei jedoch im Moment in einem Umbruch, da die aktiven Mitglieder der freien Träger nicht mehr in einem erwünschten Maße zur Verfügung stehen. Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft werde immer von einem freien Träger gestellt. Frage drei sei mit einer zu erarbeitenden Sitzungsvorlage zu beantworten.

Frau Stv. Brandt, CDU-Fraktion, ist mit der geplanten Vorgehensweise einverstanden. Eine Überschneidung von Angeboten sei nicht gewünscht, das Portfolio solle viel mehr ergänzt werden. Die Weitergabe an den Fachausschuss werde ausdrücklich begrüßt.

Beschluss:
Der Rat der Stadt beschließt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, für eine der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses eine beratungsreife Sitzungsvorlage zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

gez. Sonders
Bürgermeister (Vorsitz)

gez. Esser
Schriftführerin